

(Abg. Schreiber.)

(A) fester zusammenschließen und bis zum letzten Augenblicke eintreten für die Erhaltung einer kräftigen gesunden Landwirtschaft, zu deren Ruin zweifellos die Erfüllung dieses Antrages führen würde.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Seymann.

Abg. Seymann: Meine Herren! Nachdem sich zwei meiner Herren Kollegen auf dieser Seite des Hauses sehr ausführlich über den vorliegenden Antrag ausgesprochen haben, kann ich mich sehr kurz fassen und nicht wie der Herr Kollege Schreiber, der auch erklärt hatte, er wolle sich kurz fassen. Er hatte es aber wirklich notwendig, sich breiter auszulassen; wir haben seine Rede gern angehört, und ich kann mich seinen Ausführungen vollständig anschließen.

Wenn ich mich auch den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaiser im großen ganzen anschließen kann, wenigstens den ersten Ausführungen, so kann ich doch einen kleinen Teil seiner Ausführungen nicht unwidersprochen lassen. Herr Dr. Kaiser meinte, man könnte auch gern darauf verzichten, die Zuführung eines Dienstboten für die Zukunft zu beantragen. Ich kann dem nicht zustimmen. Ich kann als langjähriger Dienstherr und Vorstand einer größeren Landgemeinde von über 100 Landwirtschaftsbetrieben wohl auch meine Meinung hier geltend machen. Es ist mir mehrmals vorgekommen, oder ich kann auch sagen, es kommt seltener vor, daß man Dienstboten entweder zuzuführen hat, oder im anderen Falle, daß man Strafen über Dienstboten verhängen muß. Aber das eine muß ich nochmals betonen: sobald man diesen Punkt aus unserer Gesindeordnung herausnimmt, wäre der wichtigste von allen herausgerissen.

(Sehr richtig!)

Ich kann behaupten und Beweise bringen, daß ein Dienstbote, wenn er zugeführt worden ist — wie ich vorhin bereits gesagt habe, kommt es selten vor —, nicht nur Jahre, sondern, ich kann sogar sagen, bis zu Jahrzehnten noch bei derselben Herrschaft als treuer Dienstbote verblieben ist. Da muß man doch sagen, daß die Zuführung von sehr großem Werte gewesen ist. Der Dienstbote, der nicht dazu gekommen ist, zu der betreffenden Herrschaft zu ziehen, ist vielleicht von ganz anderer Seite veranlaßt oder aufgehetzt worden, den Dienst nicht anzutreten. Ich lege sehr viel Gewicht darauf, daß man auf alle Fälle diese Einrichtung und Vorschrift

bestehen läßt. Ich würde voll und ganz den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Kaiser zugestimmt haben, wir haben das auch durch unser Bravo bewiesen. Seine ersten Ausführungen waren derart, daß wir vollständig mit ihm einverstanden sein konnten, aber dieser Ausspruch gefällt mir nicht und auch einige andere kleinere Aussprüche, mit denen wir nicht ganz einverstanden sein können. Dieser eine Punkt ist mir aber der allerwichtigste. Ich glaube und habe gehört, daß ich der letzte Redner bin, und deshalb verzichte ich auf alles Weitere, da zwei Fraktionskollegen vor mir sich sehr ausführlich über den uns vorliegenden Antrag ausgesprochen haben und ich mich diesen Ausführungen voll und ganz anschließen.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. v. Schönfeld.

Abg. Schönfeld: Meine sehr geehrten Herren! Wenn Sie sich fragen, warum von sozialdemokratischer Seite der vorliegende Antrag auf Aufhebung der Gesindeordnung eingebracht worden ist, so gibt es nur eine Antwort, die leicht zu finden ist. Wenn sonst Übelstände durch Abänderungsgesetze beseitigt werden sollen, so werden in der Regel von den beteiligten Kreisen Klagen laut, oder man kommt mit Petitionen an die Ständeverammlung. Das ist hier aber keineswegs der Fall, und das ist nur ganz natürlich. Denn wenn unter den bestehenden Verhältnissen, unter der jetzigen Gesindeordnung ein Teil leidet, so ist es viel eher die Dienstherrschaft als das Gesinde. In Wirklichkeit hat unser Gesinde zu keinerlei Klagen Veranlassung. Denn es ist sowohl in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht wie namentlich auch in materieller Hinsicht durchaus gut gestellt. Das ist auch sehr verständlich, wenn man bedenkt, ein wie großer Mangel an gutem zuverlässigem Gesinde heute besteht. Die Dienstboten können gegenwärtig mit ihrer ganzen Lage vollständig zufrieden sein. Der Antrag entspricht der ausschließlichen Initiative der sozialdemokratischen Fraktion, und zwar deshalb, um, wie schon wiederholt und sehr richtig hervorgehoben worden ist, mit Hilfe des Koalitionsrechtes unsere jugendlichen ländlichen Arbeiter und das Gesinde der sozialdemokratischen Partei zuzuführen zu können. Es bietet sich Ihnen und hat sich Ihnen bisher keine andere Möglichkeit geboten, auf diese jungen Leute einzuwirken, und so sucht man denn durch Forderung des Dienstvertrages, der auf Grund der Gesindeordnung abgeschlossen worden ist, eine Bresche in dieses Verhältnis zu legen. Der Einfluß und